

Antrag 102/I/2024

FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Parteivorstand möge beschließen:

Lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung im Gazastreifen ermöglichen; UNRWA weiter unterstützen; für Waffenstillstand eintreten

- 1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bun-
- 2 desregierung sowie die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf,
- 3 sich für folgende Punkte einzusetzen:
- 4
- 5 1. Politische und finanzielle Unterstützung einer voll-
- 6 ständigen, unabhängigen und umfassenden Auf-
- 7 klärung der Vorwürfe gegen Mitarbeiter der UN-
- 8 RWA, sowie der Aufarbeitung möglichen Versagens
- 9 der Strukturen und Verantwortlichen.
- 10 2. Umsetzung von Reformen der UNRWA auf Grundla-
- 11 ge der Ergebnisse der unabhängigen Untersuchung
- 12 - hier sollte die Bundesregierung aktiv eine gestal-
- 13 tende Rolle gemeinsam mit anderen Geberstaaten
- 14 anstreben.
- 15 3. Weiterführung der Finanzierung der UNRWA, zuvor-
- 16 derst angesichts ihrer unersetzlichen Rolle bei der
- 17 humanitären Versorgung der Bevölkerung im Gaza-
- 18 streifen. Für eine nachhaltige Finanzierung der un-
- 19 verzichtbaren Arbeit der UNRWA muss sich auf den
- 20 möglichen langfristigen Ausfall wichtiger bisheriger
- 21 Geldgeber, wie den USA, vorbereitet werden.
- 22 4. Klare Positionierung gegen Forderungen nach einer
- 23 Auflösung des UNRWA und öffentliche Benennung
- 24 der Rufe nach einer Auflösung als fehlgeleitet, an-
- 25 gesichts der Bedeutung von UNRWA für den Schutz
- 26 der Rechte der Palästina-Flüchtlinge und der sozia-
- 27 len Sicherheit in der Region. Reformen in der Aus-
- 28 führung des UNRWA-Mandats sollten auf Grundla-
- 29 ge unabhängiger Evaluierungen politisch nachvoll-
- 30 ziehbar auch in Deutschland diskutiert werden.
- 31 5. Glaubwürdigkeit als Unterstützer*innen eines funk-
- 32 tionierenden multilateralen Systems und starker
- 33 Vereinter Nationen zurückgewinnen, u.a. durch die
- 34 Umsetzung der obigen Punkte, sowie durch ein
- 35 entschiedeneres Eintreten für die Legitimität der
- 36 multilateralen humanitären Agenturen. Forderun-
- 37 gen nach Konditionierung und Politisierung huma-
- 38 nitärer Hilfe in Gaza, aber auch in anderen Krisen-
- 39 kontexten, müssen durch alle Teile der Bundesregie-
- 40 rung als Untergrabung der humanitären Prinzipien
- 41 verurteilt und abgelehnt werden.
- 42 6. Entschlossener Einsatz der Bundesregierung für ei-
- 43 nen sofortigen Waffenstillstand im Gazastreifen, da
- 44 aufgrund des Ausmaßes der Zerstörung ziviler In-
- 45 frastruktur und aufgrund des persönlichen Risikos
- 46 für humanitäres und medizinisches Personal ohne

47 eine Einstellung der Kampfhandlungen keine aus-
48 reichende humanitäre Versorgung der Bevölkerung
49 möglich ist.

50 7. Entschiedenes Eintreten für die umgehende Um-
51 setzung der auf Basis der Völkermordkonvention[1]
52 durch den IGH erlassenen einstweiligen Maßnah-
53 men hinsichtlich der Prävention eines Genozids in
54 Gaza, sowie Kommunikation und Umsetzung poli-
55 tisch sanktionierender Maßnahmen ggü. der israeli-
56 schen Regierung im Falle einer nicht-Umsetzung, da
57 Deutschland aufgrund der absoluten Wirkung (*er-
58 ga omnes*) der Konvention eine völkerrechtliche Ver-
59 pflichtung hat, deren Einhaltung sicherzustellen.

60

61

62 **Begründung**

63 Die Vorwürfe gegen UNRWA und seine Mitarbeitenden
64 sind schwerwiegend. Sie bedürfen einer umfassenden
65 und vollständigen Aufklärung. Dies kann nur durch ei-
66 ne unabhängige Untersuchung geschehen. Die Vereinten
67 Nationen haben mit dem Einsetzen einer externen Unter-
68 suchungsgruppe bereits entsprechende Schritte eingelei-
69 tet. Eine umfassende unabhängige Evaluierung der Arbeit
70 der UNRWA über die letzten Jahre ist zu begrüßen. Refor-
71 men von UNRWA müssen auf Grundlage der Ergebnisse
72 dieser Untersuchungen umgesetzt werden. Die Bundesre-
73 gierung sollte diesen Prozess politisch und finanziell un-
74 terstützen.

75

76 Die Arbeit des UNRWA im Gazastreifen können kurz- und
77 mittelfristig von keiner anderen Organisation übernom-
78 men oder ersetzt werden, wie das Inter-Agency Standing
79 Committee (IASC), das Koordinationsforum der Vereinten
80 Nationen für humanitäre Hilfe, deutlich gemacht hat.[2]
81 Angesichts der Bedeutung von UNRWA für die humani-
82 täre Versorgung der Bevölkerung im Gazastreifen, würde
83 das humanitäre System ohne das Hilfswerk zusammen-
84 brechen. Eine weitere finanzielle Unterstützung des UN-
85 RWA ist daher unerlässlich, um grundlegendste Versor-
86 gung der Bevölkerung im Gazastreifen leisten zu können.

87

88 Der Internationale Strafgerichtshof (IGH) hat Ende Januar
89 entschieden, dass Israel sofortige und wirksame Maßnah-
90 men ergreifen muss, um die dringend benötigte Grund-
91 versorgung der Palästinenser im Gazastreifen zu ermögli-
92 chen. Die humanitäre Situation hat sich seither nicht ver-
93 bessert. Auch Deutschland trägt Verantwortung, die Um-
94 setzung dieses Urteils zu unterstützen. Die vom IGH gefor-
95 derte Bereitstellung von grundlegender Versorgung kann
96 ohne den wichtigsten humanitären Akteur vor Ort, dem
97 UNRWA, nicht geleistet werden.

98 Für die ausreichende Bereitstellung humanitärer Hilfe
99 im Gazastreifen braucht es einen sofortigen Waffenstill-

100 stand, dies haben die internationale humanitäre Gemein-
101 schaft und der Generalsekretär der Vereinten Nationen
102 wiederholt deutlich gemacht. Die Bundesregierung soll-
103 te sich diese Forderung zu eigen machen und aktiv da-
104 für einsetzen. Wir unterstützen in diesem Sinne ausdrück-
105 lich den offenen Brief eines transatlantischen Bündnisses
106 von Parlamentarier*innen vom 18. Januar 2024, darunter
107 20 Bundestagsabgeordnete der SPD-Fraktion.[3]

108

109 Forderungen nach einer Auflösung von UNRWA muss sich
110 die SPD klar entgegenstellen. UNRWA leistet neben der
111 humanitären Hilfe unverzichtbare Arbeit in den Bereichen
112 Gesundheit, Bildung und sozialer Sicherheit im Gazastrei-
113 fen, dem Westjordanland, Ost-Jerusalem, Jordanien, Liba-
114 non und Syrien. Das Mandat von UNRWA, beschlossen
115 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen, ist
116 entscheidend für den Schutz der Rechte der Palästina-
117 Flüchtlinge. Diskussionen um notwendige Reformen in
118 der Ausführung dieses Mandats dürfen nicht verbunden
119 sein mit Forderungen nach einer Auflösung des Mandats
120 an sich.

121

122 Um die Glaubwürdigkeit Deutschlands als Unterstütze-
123 rin eines funktionierenden multilateralen Systems und
124 starker Vereinter Nationen zurückzugewinnen, ist diese
125 klare Positionierung und eine Weiterführung unverzicht-
126 barer humanitärer Unterstützung entscheidend. Unge-
127 rechtfertigten Diskreditierungen multilateraler Organisa-
128 tionen muss entgegengetreten werden, um die Legiti-
129 mität der Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten. Ange-
130 sichts einer zunehmenden Fragmentierung der Staaten-
131 gemeinschaft, die sich mit dem Terrorangriff der Hamas
132 vom 7. Oktober und den darauffolgenden Krieg verstärkt
133 hat, ist die Sicherstellung starker multilateraler Organe
134 entscheidend für die Funktionalität der internationalen
135 Ordnung.

136

137 [1] Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung
138 des Völkermordes. Sie wurde von der Generalversamm-
139 lung der Vereinten Nationen bereits am 9. Dezember 1948
140 beschlossen und trat am 12. Januar 1951 in Kraft.

141 [2] [https://interagencystandingcommittee.org/inter-
142 agency-standing-committee/statement-principals-
143 inter-agency-standing-committee-we-cannot-abandon-
144 people-gaza](https://interagencystandingcommittee.org/inter-agency-standing-committee/statement-principals-inter-agency-standing-committee-we-cannot-abandon-people-gaza)

145 [3] [https://docs.google.com/document/d/1ayfutoMsaTs-
146 uhk1ldzH9I7DmAv9WqNtZ/mobilebasic](https://docs.google.com/document/d/1ayfutoMsaTsu-hk1ldzH9I7DmAv9WqNtZ/mobilebasic)